

McAllisters Bierzelt im Landtag

Hasskampagne gegen Gesamtschulanhänger?

EINE GLOSSE
VON EBERHARD BRANDT

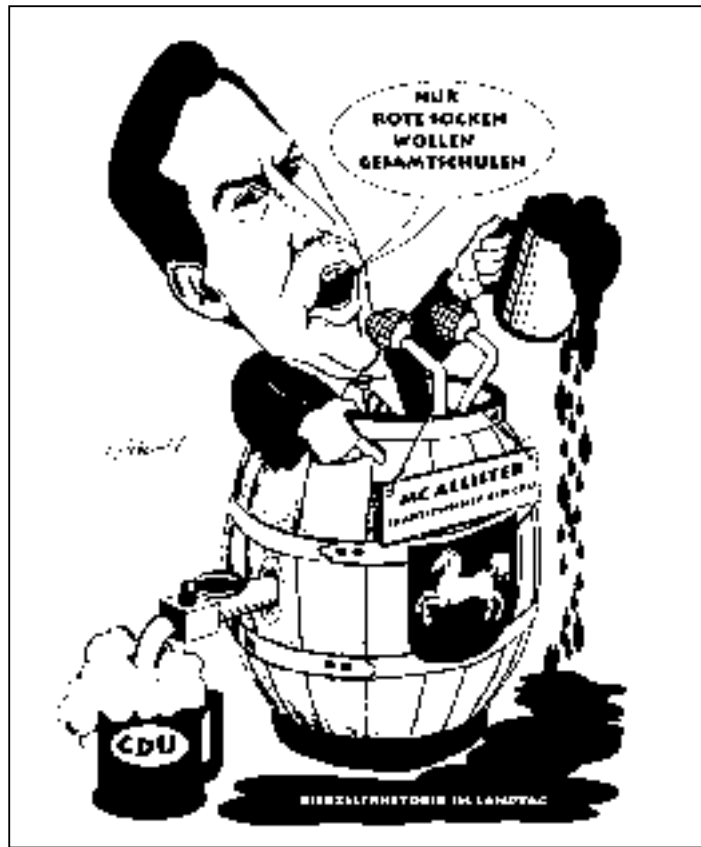
Was hat der „Schießbefehl“ mit der Gründung von Gesamtschulen zu tun? Blanke Nerven, Posse oder Kalikül: Wie kommt es dazu, dass Vertreter des Regierungslagers Gesamtschulanhänger diffamieren und zum „Kampf gegen die sozialistische Zwangseinheitsschule“ aufrufen?

Der CDU-Fraktionsvorsitzender McAllister versuchte in der Debatte zum Gesamtschulgründungsverbot, die Aktion der Gesamtschulanhänger vor dem Landtag, an der auch Kultusminister Busemann, SPD-Spitzenkandidat Jüttner und die bildungspolitische Sprecherin der Grünen Korter teilgenommen hatten, als ferngesteuert in Mißkredit bringen: „Eingeladen hatte übrigens Herr Lauenstein von der GEW, früher Mitglied der SPD, mittlerweile Mitglied bei der kommunistischen Linken“. Auf die Mitteilung unseres Pressesprechers, er sei kein Mitglied der Partei Die Linke, antwortete McAllister: „Während der Vorbereitung meiner von Ihnen zitierten Landtagsrede habe ich ... zur Kenntnis nehmen müssen, dass Sie im Sommer 2005 einen Wahlauftrag für die Linkspartei unterschrieben haben. Sie haben sich im Bundestagswahlkampf 2005 an Diskussionsforen dieser Partei beteiligt. Dies läßt zumindest Ihre geistige Nähe zur Linkspartei vermuten.“ Und weiter: „Trotz Schießbefehl und politischer Verfolgung haben sich SED und ihre Nachfolgeparteien nie klar von den Tätern distanziert.“

Es ist schon merkwürdig, wie sich der CDU-Fraktionsvorsitzende auf eine Debatte vorbereitet, die die Aufhebung des Gesamtschulgründungsverbots zum Inhalt hat. Was „muss“ er da – von wem eigentlich informiert? – „zur Kenntnis nehmen“? Was soll in diesem Zusammenhang die absurde Diffamierung der zum Landtag kandidierenden Partei Die Linke und unseres Kollegen? Für den DGB und seine Einzelgewerkschaften sind Gespräche und Zusammenarbeit mit der „Linken“ demokratische Selbstverständlichkeit. Dies ist nicht nur die persönliche Haltung von Richard Lauenstein.

Gegenüber dem Antrag von SPD und Grünen, im Schulgesetz das Gesamtschulgründungsverbot zu streichen, kamen die Regierung und ihre Fraktionen ins argumentative Schlingern. Einerseits wollten Sie glaubhaft machen, dass sie ihre Politik etwas ändern und Gesamtschulen – zwar in begrenztem Rahmen und erst nach den Wahlen – zulassen wollen. Andererseits wollten sie nicht eingestehen, dass die Stärkung des gegliederten Schulsystems gescheitert ist, dass sie keine Antwort auf die Krise der Hauptschule haben, bzw. dass sie ihre Zukunftspläne vor den Wahlen nicht bekannt geben wollen. Die Konservativen stehen zudem in dem Dilemma,

dass ihre eigene Klientel, ihre eigenen KommunalpolitikerInnen, Lösungen für eine zukunftsfähiges Schulangebot finden müssen



Landtag entscheidet gegen Oppositionsantrag

Vorerst keine neuen Gesamtschulen

Das schulgesetzliche Verbot, neue Gesamtschulen zu errichten, bleibt (vorerst?) bestehen. Nach emotionaler, stark vom Wahlkampf geprägter Debatte hat der Niedersächsische Landtag am 12. Dezember mit den Stimmen von CDU und FDP den Versuch der beiden Oppositionsfraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gestoppt, das Errichtungsverbot für Gesamtschulen aus dem Schulgesetz zu streichen. Von den beiden Fraktionen wurde geltend gemacht, dass die Aufhebung des Verbots noch in diesem Kalenderjahr erfolgen müsse, damit Schulträger, die eine Gesamtschule zum Beginn des kommenden Schuljahres errichten wollen, über die dazu erforderliche Planungssicherheit verfügen können. Das Kultusministerium hat in diesem Zusammenhang die Schulträger wissen lassen, dass eine Bedürfnisermittlung zum jetzigen Zeitpunkt rechtlich nicht zulässig sei.

Das Regierungslager wies in der Debatte darauf hin, dass die von Ministerpräsi-

und dabei offenkundig wenig Verständnis für ein ideologisch motiviertes Verbot von Gesamtschulen haben. Das zeigen die Voten des Städtetages und die jüngsten Beratungen in vielen kommunalen Gremien. Dass CDU-Landtagskandidaten mitten im Wahlkampf in ihren Heimatorten Gesamtschulgründungen befürworten, spricht doch Bände!

Eine sachliche öffentliche Debatte über die Nöte der Schulträger und ein zukunftsfähiges Schulsystem scheut die CDU. Da ist es doch viel einfacher von den Problemen abzulenken, Gesamtschulanhänger als Verteidiger des Schießbefehls zu brandmarken und den Popanz von der sozialistischen Zwangseinheitsschule aufzublasen. Der sich im Wahlkampf sonst eher pragmatisch gebende Ministerpräsident stieß auf dem Bundesparteitag der CDU mit Frau Merkel kräftig in dieses Horn. Meint Wulff wirklich, er könnte mit dieser Propaganda noch einen Blumentopf gewinnen? Der CDU-Fraktionsvorsitzende McAllister ist dafür bekannt, dass er den Bierzeltwahlkampf mit der dazugehörigen Primitivhetorik besonders schätzt. Man kann aber erwarten, dass ernsthafte Politiker die Arenen nicht verwechseln: Das Bierzelt gehört nicht in den Landtag!

dent Christian Wulff für die nächste Wahlperiode angekündigte Lockerung des seit 2003 bestehenden Verbots, neue Gesamtschulen zu errichten, nach der Landtagswahl zügig auf den Weg gebracht werde. In der gegebenenfalls schon im April 2008 einzubringenden Schulgesetznovelle würden dann auch die „flankierenden“ Maßnahmen, z.B. Schutz bestehender Schulen des herkömmlichen Schulwesens, geregelt werden können. Soweit heute erkennbar, wird diese Novelle auch Bestimmungen zum Ausbau des konfessionellen Privatschulwesens und die von Kultusminister Bernhard Busemann angekündigte Verlegung des Stichtages zur Einschulung enthalten.

Abgelehnt hat der Landtag in seinem Dezember-Plenum auch einen Entschließungsantrag, mit dem die Fraktion der SPD das Parlament auf die in ihrem Wahlprogramm ausgewiesene „Gemeinsame Schule“ verpflichten wollte. D.G.